Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 47. VI. BAND 10. Januar 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

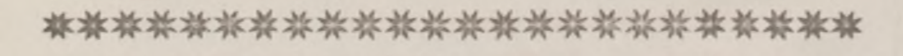
Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S 25 M.

Alle redaktionellen Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen



Nr. 47. 10. Januar 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Der Erfolg in Polen.

Die polnischen Patrioten, aber auch die leitenden deutschen und österreichischen Staatsmänner haben einen schönen politischen und diplomatischen Erfolg zu verzeichnen. Die Einsetzung des polnischen Staatsrates in Warschau bedeutet einen beträchtlichen Fortschritt im Aufbau des polnischen Staates, aber auch einen festen freiwilligen Willensakt seitens der Vertreter der Majorität des polnischen Volkes, dahingehend, dass der polnische Staat bei den Zentralmächten stehen will und entschlossen ist, nur an ihrer Seite seine Zukunft zu begründen.

Das polnische Interesse tritt hier klar und unzweideutig hervor: mit Einsetzung des provisorischen Staatsrates tritt das polnische Staatswesen ins Leben. Nach der polnischen Auffassung hat der polnische Staat nie aufgehört, zu existieren; geschaffen vom Wiener Kongress 1815 in Gemeinschaft mit Russland, wurde er am 28. Januar 1831, kraft eines Beschlusses beider Häuser des polnischen Reichstages, der die Romanow-Dynastie entthronte, vom russischen Reich losgetrennt; die rechtmässige polnische Regierung ging damals in die freiwillige Verbannung, hat aber das Land dem russischen Herrscher nie unterworfen; Russland hat auch nie mit einem völkerrechtlichen Akt Polen dem russischen Reiche einverleibt, — sodass der polnische Staat bis zum letzten Moment im latenten Zustande vorhanden war und durch die Grosstat der Verbündeten aus diesem Zustande zur Aktivität berufen wurde. Die Auffassung der deutschen Rechtswissenschaft hat (in Nr. 45 der „Poln. Blätter“) Geheimrat von Liszt zum Ausdruck gebracht.

„Ein Staat — lesen wir hier — ist entstanden, sobald die drei Merkmale des Staatsbegriffes gegeben sind: Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt. Von diesen drei Merkmalen liegen bezüglich Polens die beiden ersten zweifellos vor: Staatsvolk und Staatsgebiet. Auch das Staatsgebiet. Es wird nach dem Manifest gebildet durch die „der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete". Diese Bezeichnung reicht völlig aus; dass die genauere Bestimmung der Grenzen vorbehalten bleibt, ist ohne wesentliche Bedeutung. Anders steht es mit dem Merkmal der Staatsgewalt. Dieses ist heute noch nicht gegeben. Polen soll eine „erbliche Monarchie" sein. Aber die Dynastie ist noch nicht bestimmt; es fehlt nicht nur der König, sondern sogar noch der Regent. Die Errichtung der konstitutionellen Organe, des Staatsrates und des Landtages, ist noch nicht erfolgt. Erst durch die Verordnung der beiden Generalgouverneure vom 26. November ist die Bildung eines provisorischen Staatsrats in unmittelbare Aussicht genommen. Bis dieser die Organe und die Grundsätze für eine selbständige polnische Staatsverwaltung geschaffen haben wird, liegt die Verwaltung des Landes in den Händen der beiden Kaiserreiche". — „Das Königreich Polen ist heute noch ein werdender, kein schon gewordener Staat" erklärte Herr Professor v. Liszt im Dezember 1916, aber der provisorische Staatsrat ist eben eine Körperschaft, der — nach der Verordnung beider Generalgouverneure vom 26. November 1916 — wichtige Befugnisse einer Regierung zukommen, u. a. auch das Mitwirken an der Bildung der polnischen Armee. Der polnische Nationalrat, der die überwiegende Majorität der organisierten polnischen Nation darstellt, beschloss am 22. Dezember 1916 den in Entstehung begriffenen Staatsrat als provisorische Regierung Polens zu betrachten und ihm nach Möglichkeit jede Unterstützung durch Mitwirkung an seinen Verfügungen und Stärkung der diesbezüglichen Anschauungen im Volke zu gewähren. Somit gelangen wir in

Besitz eines der wichtigsten Staatsfaktoren, und je rascher sämtliche Organe zusammengesetzt werden, desto grösser der Erfolg der Befreier und der Befreiten im In- und Auslande.

Was das für Polen bedeutet — ist klar. Ein Ideal, das bis jetzt nur in der Sphäre des moralischen inneren Lebens gepflegt wurde, mit dem Blut und den Tränen von Generationen genährt, naht sich der vollständigen Verwirklichung. In einem Blutbade von ganz Europa ist Polen untergegangen: war doch die dritte Teilung ermöglicht nur durch den Zusammenhang mit den damaligen preussisch-französischen Kämpfen; eines noch fürchterlicheren Blutbades hat es bedurft, um seine Auferstehung zu feiern. Nun ist sie da, und keine Gewalt der Welt wird imstande sein, die bisherige Knechtschaft wieder herbeizuführen. Der polnische Staat kehrt in die Reihe der europäischen Staaten zurück; eine Nation, der niemand nationale Tugenden und grosse Fähigkeiten absprechen wird, geht einer neuen Entwicklung entgegen, an der Seite von Verbündeten, deren unbezwingbare Kraft im Weltkrieg den Sieg und daran schliessend eine neue, bessere Weltordnung erringen wird.

Die Einsetzung des Staatsrates überzeugt die ganze Welt, wie ernst und treu die Zentralmächte bestrebt sind, ihr den Polen gegebenes Versprechen zu verwirklichen. Gleichzeitig wird ein materieller Beweis geführt, wer Nationen befreit und wer unterdrückten Nationalitäten zum Siege verhilft. Das Argument: Polen, lässt sich nun von keiner Beredtsamkeit der Herren Briand, Lloyd-George und anderer Advokaten umstossen, besonders seit er aus der Sphäre der Verheissungen in die reale Tatsachensprache übersetzt wird, und je umfangreicher diese Tatsachenreihen, je ausgedehnter der Wirkungskreis des neuen Staatsrates wird, um endlich einer regelrechten nationalen Regierung unter einem polnischen Monarchen Platz zu machen, desto stärker wird die diplomatische und moralische Stellung der Zentral-

mächte dem Auslande gegenüber. Neben dem Friedensangebote ist die Lösung der Polenfrage der genialste diplomatische Schachzug, aber auch die kräftigste, ethische Bewegung, die in der letzten Zeit von den Zentralmächten ausgegangen ist. Die politischen Wirkungen sind schon jetzt in der Bestürzung der Entente-Politiker, in den Ueberbietungen der Entente-Mächte, in den bevorstehenden neuen Verheissungen Russlands sichtbar. Aber nicht nur im feindlichen Lager übt die Verwirklichung der polnischen Staatsidee einen Einfluss aus.

Die Verwirklichung der Freiheit Polens ist für alle Völker ein Prüfstein der wahren Absichten der Zentralmächte, eine praktische Einleitung ihres Zukunftsprogrammes, die erste Einleitung zu einem „neuen“, von Freiheits- und Rechtsideen getragenen Europa.

Die Entente-Agenten werden gewiss die Tragweite der Neuordnung in Polen mit allerlei Lügen und Verläumdungen herabzusetzen versuchen. Darauf sind wir vorbereitet, aber wir können sie durch die Macht der Tatsachen entkräftigen. Reuter wird gewiss die Idee geltend machen, dass die Mitglieder des Staatsrates „deutsche Kreaturen“, Vertrauensmänner der Okkupationsmächte sind. Das ist grundfalsch! Auf Grund der genauesten Kenntnis der Sachlage kann versichert werden, dass sämtliche Mitglieder des Staatsrates — ausnahmslos — auf Vorschlag von grossen polnisch-nationalen Parteien, als deren Bevollmächtigte und Vertrauensmänner ernannt wurden. Die beiden Herren Generalgouverneure wollten nicht mit äusserlichen Effekten arbeiten; es wäre sehr leicht gewesen, beliebige Politiker zu einem Schein-Staatsrat, unter Ausschluss der öffentlichen Kritik, zu machen: dies ist aber nicht der Fall. Die politische Presse bringt jeden Tag Berichte über grosse Volksversammlungen, Erklärungen der Parteien; die Herren General-Gouverneure wollten einen wahren Ausdruck der Meinungen und Interessen des Landes haben, sie waren sogar geneigt auch die

Opposition zur Mitarbeit zuzulassen — und die endgültige Zusammensetzung des Staatsrates ist ein wahrer Ausdruck des unverfälschten, wahren Polentums.

Nicht des ganzen Landes — das ist richtig. Es werden sich gewiss Entente-Stimmen vernehmen lassen, die das mit besonderer Freude hervorheben werden. Mit Bedauern müssen wir bemerken, dass auch die Berliner „Post“ mit unverhüllter Schadenfreude von einem „Rumpf-Staatsrate“ gesprochen hat. Uns lässt dieser Vorwurf kalt. Die nationale Einigkeit ist gewiss ein Ideal, dass wir alle anstreben, aber wo ist solche vorhanden? Wie würde denn wohl die s a c r é e U n i o n in Frankreich, in Italien, in Russland aussehen, wenn nicht zu ihrem Schutz Zensoren, Staatsanwälte, besonders aber Kriegsgerichte vorhanden wären! Die traurige Geschichte Polens, besonders aber die Vorfälle der letzten Dezenien haben Meinungsverschiedenheiten zur Folge gehabt, die bei uns zu Parteidifferenzierungen — nicht besser und nicht schlimmer wie in der ganzen Welt — geführt haben. Niemand aber, der die Verhältnisse kennt, wird leugnen, dass diejenigen Parteien, die den Staatsrat bilden, die überwiegende Majorität der polnischen Nation vertreten. Es ist keine Klassenvertretung: wir finden hier den Grossindustriellen neben dem Sozialdemokraten; es ist keine Standesrepräsentanz: wir sehen da den Fürsten neben dem schlichten Bauern; es ist keine speziell konstruierte politische Einheitlichkeit: der gut-konservative Landadel wird hier zusammen mit dem radikalen Arbeitervertreter, und der Pole mosaischer Konfession neben den Delegierten des Episkopats arbeiten. Es ist kein Rumpfkörper, wenn nur zwei Minoritäts-Parteien fehlen. Auch letztere waren übrigens entschlossen, in den Staatsrat einzutreten; die Verhandlungen scheiterten aber an der übergrossen Zahl der von ihnen verlangten Mandate. Nun stellten sich die verantwortlichen polnischen Politiker die Aufgabe: eine arbeitsfähige, arbeitsfreudige Körperschaft zu bilden; die

staatsschöpferischen Aufgaben sind so gross und wichtig, dass man über kleine Hemmnisse zur Tagesordnung, zur positiven Arbeit schreiten muss.

Und das wichtigste ist: an die Seite der Zentralmächte stellt sich nun Kongress-Polen, das Königreich Polen. Schon gleich nach Ausbruch des Krieges hatte sich eine Körperschaft gebildet, die den Anschluss der Polen an die Zentralmächte proklamierte: das Oberste Polnische Nationalkomitee in Krakau; unsere Feinde verschrieen es als eine „österreichische“ Schöpfung, höchstens als Provinz-Vertretung, obwohl schon damals in Warschau mehrere Organisationen vorhanden waren, die gegen Russland arbeiteten. Jetzt wird es anders. Vertrauensmänner von Parteien, hinter denen tausende und abertausende von Anhängern in sämtlichen Ortdes ganzen Königreiches stehen, gelangen nun zum Wort. bilden eine Machtorganisation, der die mächtigen Verbündeten Regierungsbefugnisse zugestehen. Der überwältigende Teil der polnischen Presse gelobt am Vorabend der Einberufung des Staatsrates Ehrfurcht und Gehorsam für die längst ersehnte, legitime, nationale Behörde. Das von einem Barbaren geknechtete, nun befreite Volk besitzt seine legitime, nationale Behörde, die Schulter an Schulter mit den Zentralmächten für das Wohl des Vaterlandes, seinem Erbfeinde zum Trotz, arbeiten will. Das ist der Sinn des neuen Abschnittes unserer Geschichte und das möge sich das Ausland merken.

Der provisorische polnische Staatsrat.

Mitgliederliste.

— **Stanisław Bukowiecki,** Rechtsanwalt, Verfasser zahlreicher juristischer und nationalökonomischer Arbeibeiten, trat im öffentlichen und politischen Leben hervor, Lehrer der Nationalökonomie, gegenwärtig Professor der Verwaltungskurse, gehörte früher der national-demokratischen Partei in der ersten Phase ihrer Tätigkeit

an, trat später infolge Meinungsverschiedenheiten aus, gegenwärtig parteiloser Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung.

— **Stanisław Dzierzbicki**, Landwirt und Nationalökonom, Rat im Komitee der Landwirtschaftlichen Kreditgesellschaft, Direktor der Hagelversicherungsgesellschaft „Ceres", Vorsitzender im Landesrat der Gegenseitigen Immobilienversicherungsgesellschaft, Vorsitzender der Delegation der Polnischen Versicherungsgesellschaften, Mitglied des früheren Zentralen Bürger-Komitees, früher Vorsitzender des Hauptfürsorgerates und tätiges Mitglied vieler öffentlicher Körperschaften.

— **Stefan Dziewulski**, Rechtsanwalt, Gründer und Redakteur der Zeitschrift „Ekonomista", Verfasser der Monographie „Warszawa" und verschiedener ethnographisch-statistischer Arbeiten, veranlasste die Herausgabe des enzyklopädischen Werkes „Polska", tätiges Mitglied zahlreicher gemeinnütziger Körperschaften, Mitglied und Sekretär des früheren Bürger-Komitees, Mitglied des Rates der „Liga der Polnischen Staatlichkeit".

— **Ludwik Górski**, Landwirt, absolvierte seine Studien an der Berliner Universität, Mitglied des Hauptfürsorgerates, gehört keiner politischen Partei an, kons.

— **Ludomir Grendyszyński**, der Vorbildung nach Jurist, Schriftsteller, begann seine schriftstellerische Tätigkeit im „Kraj", war Redakteur der „Niwa", und des „Kurjer Niedzielny", begründete gemeinsam mit Ludwik Straszewicz den „Kurjer Polski", gehörte zu den Gründern der „Fraktion der Realen Politik", brach mit dieser Partei einige Zeit nach Kriegsausbruch und trat der Gruppe der Nationalen Arbeit bei, deren Vorsitzender er gegenwärtig ist. War Vice-Präses der Gesellschaft der Schriftsteller und Journalisten, gehörte zum Zentralen Bürger-Komitee, ist Generalsekretär der Warschauer Feuerversicherungsgesellschaft und Mitglied des Landesversicherungsrates.

— **Stanisław Janicki**, Gutsbesitzer, Ułuż, kons.

— **Dr. Paweł Jankowski** aus Lublin, Vorsitzender des dortigen Nationalkomitees, langjähriger Pionier für Aufklärung und sozialen Fortschritt, einer der Hauptvertreter der Unabhängigkeitsbewegung, Anhänger der Volkspartei, Mitglied des Zentralen Nationalkomitees.

— **Wacław Januszewski,** Ingenieur, ein früherer Abteilungsvorsteher der Maschinenbaugesellschaft Fitzner und Gamper, trat als Politiker und Förderer der Aufklärungsbestrebungen im polnischen Industrierevier hervor, Schriftsteller, gegenwärtig Redakteur des „Głos Piotrkowski“, einer Zeitung, die die Unabhängigkeitsbewegung im Sinne der demokratischen Linken unterstützt; Mitbegründer des Zentralen Nationalkomitees und des Nationalrates.

— **Antoni Kaczorowski,** Ingenieur, Sekretär des Vereins der Indutriellen, gehört zu den Organisatoren und tätigen Mitgliedern der Nationalen Arbeiter-Vereinigung, Mitglied des Zentralen Nationalen Komitees.

— **Józef Kozłowski**, Direktor und Ziegeleibesitzer in Dąbrowa Górnicza, Mitglied der „Liga der Polnischen Staatlichkeit“, Stadtverordneter in Dąbrowa Górnicza, Mitglied des Aufsichtsrates verschiedener Industriegesellschaften, Mitglied des National-Rates.

— **Włodzimierz Kunowski**, Ingenieur-Chemiker, früher Direktor einer Petroleum-Gesellschaft in Borysław, Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.), früher Mitredakteur der Lemberger Zeitschrift „Placówka“ und Mitarbeiter der Zeitschrift „Jedność Robotnicza“, Mitglied des Rates des Zentralen Nationalen Komitees.

— **Michał Łempicki**, Sohn des Verfassers der Denkschrift an Alexander II., wofür der Vater nach Sibirien verbannt wurde, Ingenieur, Grossindustrieller, Schriftsteller und Politiker, früher Duma-Abgeordneter aus dem Gouvernement Piotrków, Vorsitzender der „Liga der Polnischen Staatlichkeit“, zeichnete sich während des Krieges durch die Kühnheit seiner politischen Ueberzeugung aus und trat gegen Russland auf, einer der hervorragendsten Aktivisten.

— **Andrzej Maj,** Bauerngutsbesitzer aus dem Gouv. Lublin, gehört keiner politischen Partei an. ist eifrig tätig für Fortschritt und Aufklärung in den Bauernkreisen, Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung.

— **Józef Mikułowski-Pomorski,** Direktor und Professor der Höheren Landwirtschaftlichen Kurse in Warschau, sass der Warschauer Kommission der öffentlichen Aufklärung vor, die unser Schulwesen organisierte, parteilos.

— **Kazimierz Natanson,** der Vorbildung nach Jurist, hervorragender Finanztechniker, Vorsitzender des Warschauer Börsen-Komitees, Vice-Präsident des Verwaltungsrates der Handelsbank. Leiter verschiedener industrieller Anlagen und nationalökonomischer Körperschaften, war eine Reihe von Jahren hindurch Vorsitzender der Handelssektion der Gesellschaft für Förderung von Handel und Industrie, die eine sehr rege öffentliche Tätigkeit entfaltete, hat sich besonders verdient gemacht auf dem Gebiete der Assimilation der Juden und Hinzuziehung derselben zur sozialen, gemeinnützigen Tätigkeit, parteiloser Fortschrittsmann und Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung.

— **Wacław Niemojowski,** Gutsbesitzer, Marchwacz, Gouv. Kalisch, Enkel des berühmten Oppositionsführers gegen Russland in den Jahren 1818—1830 und des nachherigen Mitgliedes der Nationalregierung 1831; Anhänger der Unabhängigkeitsidee, kons.

— **Józef Piłsudski**, Schöpfer der polnischen Legionen, seit Jahrzehnten begeisterter Organisator des nationalen Kampfes gegen Russland, als Nationalheros allgemein bekannt und verehrt.

— **Prälat Przeździecki** aus Łódź, Delegierter des Erzbischofs, Anhänger der Christlich-Demokratischen Partei, Förderer der Unabhängigkeitsbewegung.

— **Franciszek Fürst Radziwiłł,** Kommandant der Städtischen Miliz und Organisator derselben, der politischen Ueberzeugung nach Anhänger der Unabhangigkeitsbewegung, sonst parteilos.

— **Wojciech Graf Rostworowski**, Gutsbesitzer, Mitglied des Hauptfürsorgerates, gehörte früher der national-demokratischen Partei an, verliess dieselbe und ist gegenwärtig Mitglied der Volkpartei, vertritt innerhalb derselben entschiedene Unabhängigkeitstendenzen.

— **Artur Śliwiński**, Historiker und Schriftsteller, Herausgeber der Werke Mochnackis und Verfasser einer Monographie über denselben, ein ausgezeichneter Kenner der Zeitspanne von 1831 bis 1863, ein warmherziger Patriot, Vorkämpfer demokratischer Ideen und ein verdienter Arbeiter auf dem Gebiete der Unabhängigskeitsbewegung, Vice-Präsident der Gesellschaft der Schriftsteller und Journalisten und Vice-Präsident der Stadtverordnetenversammlung, seit Kriegsbeginn Organisator der Unabhängigkeitsbewegung im Königreich und gegenwärtig Vorsitzender des Zentralen National-Komitees.

— **Wiktor Sokołowski**, Gemeinderichter, Gutsbesitzer, Mitglied der „Liga der Polnischen Staatlichkeit".

— **Błażej Stolarski**, Bauerngutsbesitzer aus Bendków im Kreise Brzeziny, Mitglied der Polnischen Volkspartei, verdankt seine Kenntnisse eifrigem Selbststudium, Initiator verschiedener Bauernreformprojekte, Begründer von Milchgenossenschaften, Konsumvereinen und Organisator dörflicher Kulturbestrebungen, Pionier der Unabhängigkeitsbewegung unter der Bauernbevölkerung, Mitglied des Zentralen Nationalkomitees und des Nationalrates.

— **Wł. Studnicki**, Publizist. Einer der hervorragendsten politischen Denker Neupolens, unermüdlicher Vorkämpfer gegen den Zarismus, Mitbegründer des Klubs der polnischen Staatlichkeit.

— **Pfarrer Sztobryn** aus Wierzbinek im Kreise Radom, Delegierter des Bischofs von Lublin.

Warum ging Polen zu Grunde?

Im Jahre 1597, mitten in Polens Machtfülle, liess ein Jesuit, dessen glühender, ja verzehrender Patriotismus oft schwere Konflikte mit seinem Ordensgehorsam auszufechten hatte, der gottbegeisterte Piotr Skarga, seinen warnenden Ruf an seine Polen ergehen. In der Form von Reichstagspredigten besprach der Königliche Hofprediger die Schäden des Staates, der Lieblosigkeit und Uneinigkeit seiner Bürger, des Glaubenabfalls und der Anarchie und drohte mit dem Untergange: „Ihr werdet nicht nur ohne einen Herrn aus Eurem Blute und ohne seine Wahl, aber auch ohne Euer Vaterland und Königreich bleiben, vertrieben, immer elend, verachtet, arm, Landstreicher, die man da, wo man Euch früher achtete, mit Füssen fortstossen wird ... Ihr werdet Eure Sprache verlieren, und in fremdes Volk, das Euch hasst, übergehen“.

Des neuen Jeremias Prophezeiungen trafen zwei Jahrhunderte später wörtlich ein und damit erfüllte sich ein Geschick, wie es in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen hat. Zerfall von Reichen, fremde Unterjochung hat es ja immer und überall gegeben; Irland, die Balkanslaven, Italien usw. gewähren ja alle möglichen Beispiele, nur entspricht kein einziges dem Fall Polen.

Legion ist die Zahl der Darstellungen dieses Vorganges, dessen äussere Phasen, diplomatische Bedingungen, militärische Vorkehrungen wohl bekannt sind, während über die inneren Verhältnisse, die entscheidenden, die Meinungen ganz auseinandergehen; jede interessierte Seite sucht sie zu ihrem Vorteil auszubeuten. Nach bestem Wissen und Gewissen suchte auch ich in einem Artikel in diesen „Blättern“ die Frage zu beantworten; ein Rezensent meinte, dass ich mich „in diesem ganz unzulänglichen Artikel als ein schlecht unterrichteter und höchst voreingenommener Historiker zeigte“. Da jedoch der Rezensent kein Wörtchen zur Begründung dieses verdammenden Urteils beibrachte, so kann auch ich mich auf die blosse Behauptung be-

schränken, dass der Rezensent offenbar nicht recht gewusst hat, was er schrieb.

Gleichzeitig erschien in „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung usw. 40. Jahrgang 3. Heft", ein Artikel von Rudolf Leonhard, der unter einem ganz anspruchslosen Titel („Zur polnischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte") das schärfste enthält, das je über Polens alleinige Schuld an seinem Schicksal geschrieben wurde. Und weil dieser Artikel in der wünschenswertesten Offenheit über das alte Polen den Stab bricht, weil die hier klar ausgesprochenen Meinungen und Urteile uns sonst vielfach als Unterströmungen begegnen, die unausgesprochen bleiben, doch Urteil und Auffassung beeinflussen, so lohnt es sich, die Beweisführung des Verfassers einer aufmerksameren Betrachtung zu unterwerfen.

An einigem stösst man sich gleich von Anfang. Der Verfasser kann kein Wort Polnisch und ist auf blosse Lesefrüchte aus fremdsprachlicher Literatur angewiesen; er gibt auch am Schlusse ein „Verzeichnis d e u t s c h e r und aus dem Polnischen ins D e u t s c h e übersetzter Literatur", das eine Reihe deutscher Bücher nennt, die n u r in der Phantasie des Verfassers existieren, z. B. „Alexander Brückner, Polnische Andersgläubige, Berlin 1905" (ich habe zum ersten Mal aus diesem „Verzeichnis nicht existierender Schriften" davon erfahren); Piekosiński, die polnische Ritterschaft des Mittelalters, Krakau 1898 und so noch ein paar andere Titel. Diese in deutscher Sprache nicht existierenden Werke führt der Verfasser offenbar als seine Quellen an — wozu nun diese Täuschung des Lesers?

Das Misstrauen, das schon dieses Literaturverzeichnis wecken muss, wird nur allzusehr gerechtfertigt beim Lesen der zwar von keinerlei Sachkenntnis getrübten, dafür desto schärferen Ausführungen des Verfassers, die an apodiktischer Sicherheit gewinnen, je irrealer sie fundiert sind. Ein Beispiel, notwendigerweise ausführlicher erörtert, soll dies beweisen.

Dreimal wiederholt der Verfasser die wichtigste Entdeckung, die ihm gelungen ist: „Es sind also, wie eingangs behauptet und nunmehr hoffentlich nachgewiesen ist, im letzten Grunde ethnographische und aus ihnen resultierende gesellschaftliche Probleme, die den Zusammenbruch Polens verschuldet haben“ (S. 202; ebenso ist S. 206 der polnische Adel „eine auf stammfremden Elementen basierende Grundherrschaft“) und S. 158 – 161 wird der Nachweis geführt: „Wie entstand jene polnische, zahlreiche Adelsklasse, die sich kurzweg als die Nation überhaupt bezeichnet?“ Die Antwort lautet: „Wo eine geschlossene Adelskaste überländliche Volksgenossen niederen Rechtes herrscht, kann ihr Ursprung ein zwiefacher sein: durch Emporsteigen aus dem gleichen ethnographischen Untergrunde und späteren Abschluss gegen ihn — oder durch Unterwerfung eines fremden Volkes seitens eines siegenden Erobererstammes.“ Die Alternative ist richtig gestellt; der polnische Adel aber, wie das Beispiel von Böhmen mit ganz gleichgearteten alten Verhältnissen unwiderleglich beweist, ist wirklich „emporgestiegen aus dem gleichen ethnographischen Untergrund mit späterem Abschluss gegen ihn.“ Aber das passt nicht dem Verfasser in seinen Kram und ohne ein Wort über diese Möglichkeit, die hier die einzige Wirklichkeit darstellt, zu verlieren, steift er sich apriorisch nach Analogiefällen deshalb für Polen auf Fremdfeudalismus, weil die Hörigkeit in allen slavischen Ländern östlich der Elbe, z. B. Vorpommern und Rügen, einen besonders harten Charakter zeigte“ d. h. wenn ich ihn recht verstehe, weil die deutsche Eroberung im 12./13. Jahrhunderte eine besonders harte Hörigkeit brachte, muss auch in Polen, aber wann? im 8. oder im 9. Jahrhundert? eine ähnliche fremde Eroberung stattgefunden haben — als ob nicht in Böhmen gleiche Härte ohne jegliche Eroberung eingesetzt, als ob in Vorpommern und Rügen eine fremde „Eroberung“ unter den slavischen Landesfürsten überhaupt stattgefunden hätte!

Nachdem Verfasser sich somit ohne den Schatten eines Grundes für die zweite Alternative entschieden hatte, können natürlich „nur über die Herkunft jenes fremdstämmigen Adels Zweifel bestehen“. Skandinavisch-germanische Stämme können dies nicht gewesen sein, weil „der Habitus der polnischen Adelsklasse von skandinavisch-germanischer Eigenschaft weit entfernt ist“ (wieder eine willkürliche Annahme des Verfassers, dem der oft behauptete skandinavische Ursprung des polnischen Adels für seine Zwecke nicht passt). Aber wozu dieses Grübeln? „Wir brauchen uns nur an die traditionelle Tracht des Schlachzizen zu erinnern, die bauschigen zum Reiten und Niederhocken zugeschnittenen Beinkleider, den hängenden Schnurrbart, den kalmückenhaft glattgeschorenen Schädel, den krummen Säbel, um den Eindruck zu gewinnen, dass ein östliches vielleicht finnischtatarisches Reitervolk hier die Herrschat über eine anders geartete Unterschicht gewonnen hat“.

Hätte der Verfasser nur eine Ahnung von Polen und polnischen Dingen, so müsste er wissen, dass jene eben geschilderte Tracht weder polnisch, noch traditionell, noch adelig ist. Sie ist magyarisch (noch heute tragen die hierzu gehörigen Kleidungsstücke magyarische Namen), kam in Polen erst im 16. und 17. Jahrhunderte auf, bei Adeligen wie bei Bürgern, verdrängte jede andere und gewann so spät erst ihren angeblichen „traditionellen“ Charakter. Neben Hosen usw. nennt Verfasser noch zwei weitere Beweise für den finnischtatarischen Ursprung des polnischen Adels: gegen einen preussischen Beamten rühmten sich einzelne Adelige, sie wären „ein anderes und besseres Volk als ihre Bauern“ und ein Adeliger wäre furchtbar empört gewesen, als trotz dieser ethnographischen Gegensätze seine Verwandte sich von einem Diener hatte beschwängern lassen (beides wörtlich auf S. 158 zu lesen). S. 161 tritt ein ähnliches Argument hinzu: „aus jenem ethnographischen Moment einer stammfremden Adelskaste

lässt sich fast die ganze polnische Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte restlos erklären" ... es fehlt (dem polnischen Adel) das für den westeuropäischen Adel charakteristische Moment der Bodenständigkeit und Landsässigkeit ... Wieder berichtet jener preussische Beamte, dass polnische Adlige für das den Landbesitz bezeichnende „Von, Zu und Auf" so wenig Verständnis hatten, dass sie das „Von" vor den Vornamen setzten". Gerade das Gegenteil trifft zu: dem polnischen Adligen reichte das bene natus garnicht aus, er musste erst possesionatus sein, wenn er als Adliger gelten sollte; dann allerdings war auch der kleinste „Adlige auf seinem Hof dem Wojewoden gleich" und alle Familiennamen des polnischen Adels, 90%, entstammen nur dem Bodenbesitz. Allerdings kann der polnische Adlige keine Partikel: „von, zu, auf", vorsetzen, weil sie schon in seinem Namen drinsteckt; ebensowenig kann man ja jemanden bezeichnen: Joannes de Berolinensis oder Petrus de Romanus, man kann nur sagen: de Berolino, de Roma; „Wolski" bedeutet ja „de Wola" bereits (-ski ist dasselbe wie -ensis oder -anus), daher kann man das de nicht noch einmal setzen! So rächt sich die Unkenntnis des Polnischen, wenn man über Polnisches schreibt. A. Brückner.

(Schluss folgt.)

Das Oberste Polnische Nationalkomitee und seine Bedeutung.

Der denkwürdige Akt des 5. November, der die feierliche Verkündigung der Wiedererrichtung des unabhängigen polnischen Staates, sowie die Anerkennung der polnischen Legionen als Grundstock einer in der allernächsten Zukunft zu bildenden polnischen Armee brachte, hat der Wirksamkeit des Obersten Nationalkomitees in Galizien ein Ende gemacht. In der allernächsten Zeit wird die offizielle Aufgabe dieser Körperschaft zum Abschluss gebracht werden.

Es dürfte nunmehr an der Zeit sein, diejenigen politischen Grundsätze, auf welche das Oberste Nationalkomitee sich stützte, und die Ziele, welche es verfolgte, wenigstens in den allgemeinen Grundzügen zur Kenntnis der weitesten deutschen Kreise zu bringen. Dies erscheint umsomehr erwünscht, als sowohl die Voraussetzungen der Tätigkeit des Komitees, wie auch seine Ziele, infolge Zusammenfallens verschiedener Umstände, gerade im Deutschen Reiche weder gebührend erkannt, noch gewürdigt worden sind.

Die am 16. September 1914 in Galizien gebildeten Polnischen Legionen brachten das unerschütterliche und ununterbrochene Streben des polnischen Volkes nach Wiedererlangung seiner unverjährten Rechte zum Ausdruck, sowie ferner die Ueberzeugung, dass dieses Ziel nur während eines Krieges zwischen den Teilungsmächten, durch Stellungnahme der Polen auf Seiten der Zentralmächte und tätige Mitwirkung gemeinsam mit diesen, erreicht werden kann.

Für diese politisch-ideellen Grundlagen wurde ohne Schwierigkeiten die Einmütigkeit sämtlicher polnischen Parteien in Galizien erreicht und dadurch dem Enthusiasmus und der Opferwilligkeit, deren Schauplatz Galizien während der ersten Wochen des Krieges war, ein weites Tor geöffnet. Erst das Schicksal der ostgalizischen Schlachten und die allerschlimmsten Folgen derselben für die Bevölkerung haben ein Ende gemacht, nicht dem Glauben an die Wahrheit der erkannten Ideale, sondern der Möglichkeit ihrer weiteren praktischen Betätigung.

Das Oberste Nationalkomitee wurde zugleich mit den Legionen ins Leben gerufen, als der politische Exponent einer Organisation, die zugleich politische, militärische und wirtschaftliche Zwecke verfolgte. Sowohl bei der Bildung der Legionen, wie des Komitees, vereinigte sich das idealste Bestreben der galizischen Polen nach Wiedererlangung der vollen nationalen und staatlichen Rechte für Polen, mit dem strengsten Rea-

lismus in den Voraussetzungen, Zielen und Methoden. Dies alles gründete sich auf nüchterne und eng begrenzte Abschätzung der realen Arbeitsbedingungen und der begleitenden Umstände. Das Ergebnis dieser Erwägungen war das konkrete Programm des Obersten Nationalkomitees.

Die erste Voraussetzung für dieses Programm war die tatsächliche Lage in Polen, wie dieselbe auf viele Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Weltkrieges festgelegt war. Diese Lage war bedauerlicherweise dergestalt, dass die Polen, die im Augenblick des Kriegsausbruchs sich für die Zentralmächte erklären sollten, dies vom politischen und psychologischen Standpunkt nur hinsichtlich Oesterreich-Ungarns tun konnten. Die Tatsache des engen und hinsichtlich der absoluten, gegenseitigen Treue schon damals keine Zweifel zulassenden Bündnisses Oesterreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche konnte allerdings nicht unberücksichtigt bleiben durch die Politiker, welche die Legionen gebildet haben und im Nationalen Komitee wirkten. Dieselben konnten wohl in dieser Hinsicht verschiedenen Meinungen Raum geben, in dieser oder jener Art kalkulieren, aber sie mussten mit der Tatsache rechnen, dass in der Meinung der bedeutenden Mehrheit der polnischen Gesellschaft das Vorhandensein dieses engen Bündnisses und die Folgen, die man von ihm erwartete, eben ein locus minoris consistentiae des ganzen politischen Aufbaus des Obersten Nationalkomitees war. Hier war seine Achillesferse, nach der die Gegner dieses Programms mit Vorliebe zielten, weil sie dort stets den geringsten Widerstand erwarten konnten. Das Oberste Nationalkomitee aber war die repräsentative Körperschaft aller polnischen Parteien in Galizien, die zwar nicht durchweg demokratisch sind, aber doch wohl hinsichtlich der angewandten Methoden als demokratisiert gelten müssen. Das Oberste Nationalkomitee konnte daher keine reine Kabinettspolitik treiben, d. h. solche Politik, die auf Volksmeinungen keine Rücksicht nimmt

und sich nur von Erwägungen und Kalküls führen lässt, die infolge ihrer Kompliziertheit für die breiten Massen, besonders noch während des Krieges, des Kriegszustandes und der notwendigen Begrenzung der Pressfreiheit und der sonstigen Methoden der öffentlichen Meinungsbildung, nicht zugänglich sind. Das Oberste Nationalkomitee konnte nur durch die öffentliche Meinung wirken, diese aber schloss zu Beginn des Krieges jede Ausdehnung des Begriffs „Zentralmächte“ ausserhalb Oesterreich-Ungarn aus.

Dies ist das eine Bild der Sachlage, von innen, von Seiten des polnischen Volkes gesehen. Das andere Bild, von Seiten des Staates, zeigt deutlichere Züge. Die Legionen wurden zum Kampfe mit Russland, in Vereinigung mit dem österreichisch-ungarischen Heere, berufen. Das grundsätzliche Ziel der polnischen Politik war nicht die Bildung von Insurgentenscharen, die in rechtlicher Beziehung in der Luft hängen und dann stets das Los solcher irregulären Formationen teilen, sondern im Gegenteil, es sollte von Anbeginn der Grundstock der polnischen Armee gebildet werden, der in jeder Hinsicht solche Qualitäten besass. Die Verwirklichung dieses Zieles war politisch, tatsächlich und psychologisch nur durch Vereinigung der Legionen mit der österreichisch-ungarischen Armee möglich und dieser Umstand allein bestimmte die hauptsächlichsten Richtungslinien der Politik des Obersten Nationalkomitees, als des politischen Exponenten der Legionen, in gewisser Weise vor.

Abgesehen von diesen praktischen Erwägungen, wurden die Legionen, und zwar die Möglichkeit ihrer Aufstellung, Erhaltung und Weiterentwicklung, noch von anderen, nicht minder wichtigen und entscheidenden Umständen beeinflusst. Auf den ersten Plan ist hier die Staatsraison der Monarchie zu stellen. Als Bürger dieser Monarchie, hatten wir dieser Monarchie gegenüber zwei Pflichten zu erfüllen: als loyale Bürger derselben und als Polen, die für den grossherzigen

Monarchen und seine Dynastie Dankbarkeit empfinden. Die restlose Erfüllung dieser Pflichten bis zur äussersten menschenmöglichen Grenze war deshalb für den galizischen Polen nicht allein eine Verstandesforderung, sondern zugleich auch ein Herzensbedürfnis. Auch für das Oberste Nationalkomitee konnten keine anderen Erwägungen in Frage kommen.

Auf solche Voraussetzungen, die jede durch Vorurteil nicht getrübte Sachkenntnis als unbedingt richtig anerkennen muss, gründete sich das politische Programm des Obersten Nationalkomitees. Dieses Programm hatte im Ziele die Wiederaufrichtung des Polnischen Staates durch Vereinigung des Königreichs Polen und der anderen, von Russland durch Waffengewalt abgetrennten polnischen Länder, mit Galizien in ein Ganzes im Anschluss an die österreichisch-ungarische Monarchie.

Das Oberste Nationalkomitee hat die Mittel, die zur Verwirklichung dieses Programms führen konnten, nie überschätzt und weder sich noch andere durch irgendwelche Kautelen in dieser Hinsicht gebunden. Es verstand sehr wohl, dass sein Programm nur durch ein Zusammenwirken einer ganzen Reihe von Faktoren verwirklicht werden konnte, die nicht allein ausserhalb seines, sondern auch der österreichisch-ungarischen Monarchie Willensbereiches lagen. Ferner war es sich stets bewusst, welchen gewichtigen Faktor bei der Regelung dieser Frage das Deutsche Reich, seine Macht und seine Staatsraison dargestellt hat und immer darstellen wird.

Trotzdem es nun schon seit langem bekannt war, dass das Paralellogramm der in der polnischen Frage wirkenden Kräfte sich nicht völlständig deckt mit unserem teoretisch aufgestellten und zur Verwirklichung des Programms des Obersten Nationalkomitees erforderlich gewesenen Paralellogramms, hat das Komitee dieses Programm dennoch nicht verlassen, und zwar nicht aus doktrinären Gründen, sondern des gesunden politischen Grundsatzes wegen, der es nicht gestattet, eine Position aufzugeben, bevor nicht die nächste Position vollständig vorbereitet und allseitig erprobt worden ist.

Als aber am 5. November 1916 die denkwürdigen und historischen Worte des Manifestes der beiden hochherzigen, verbündeten Monarchen gefallen waren, als die durch den deutschen Reichskanzler in Aussicht gestellte Lösung der polnischen Frage in einer bestimmten Form zur Tatsache geworden war, hat das Oberste Nationalkomitee diese Lösung nicht allein ohne Enttäuschung aufgenommen, sondern es begrüsste sie mit aufrichtiger und tiefer Freude. Bei der realen Auffassung der polnischen Frage und der richtigen Einschätzung aller bei der Lösung dieser Frage mitwirkenden Umstände, konnte sich das Komitee nicht der Ansicht verschliessen, dass der Akt der Verkündigung des unabhängigen polnischen Staates und die gleichzeitige Inaussichtstellung einer neuen Verfassung für Galizien, einen riesigen Schritt vorwärts bedeutet auf dem Wege zur Wiedererlangung aller derjenigen vollen Rechte, deren Besitz stets das letzte Ziel der Bestrebungen des polnischen Volkes war. Der Präsident des Obersten Nationalkomitees, Dr. Leo Biliński, ein Politiker, dessen Erfahrung und vielseitige Routine gewiss keine allzuleichte Beeinflussung durch Stimmungen des Augenblicks zulassen, hatte Freudentränen im Auge, als er in der festlichen Sitzung der galizischen Politiker und der Repräsentanten aller Stände in Krakau, am 12. November 1916, den Akt des 5. November feierte und in den Ruf ausbrach „es lebe das freie und unabhängige Polen“, ein Ruf, den, wie er selbst betonte, vier polnische Generationen nicht mehr vernommen haben.

Das Oberste Nationalkomitee vertritt unter den Polen diejenige politische Ansicht, welche die Notwendigkeit der sofortigen Inangriffnahme der Arbeit zum Aufbau des Polnischen Staates nach Massgabe des Aktes vom 5. November für erforderlich erachtet; hierzu gehört vor allem die Bildung einer möglichst starken, möglichst zahlreichen und möglichst gut ausgebildeten polnischen Armee, die nach den Anschauungen des Obersten Nationalkomitees die wichtigste und vollkom-

menste Bürgschaft eines selbständigen Staatswesens bildet. Wenn nun das Komitee seine unmittelbare Mitwirkung an der Erreichung dieser wichtigsten und dringendsten Ziele nicht für zulässig erachtet, so geschieht dies aus Rücksicht auf seine Kompetenzen und seinen Charakter: es ist eine politische Organisation der galizischen Polen, die kein formales Recht hat, sich in die Angelegenheiten des Königreichs Polen hineinzumischen. Seit dem 5. November ist das Königreich Polen selbst zum wichtigsten Faktor bei der Gestaltung seines zukünftigen Schicksals geworden. Es muss sich selber dieser Aufgabe in ihrem ganzen Umfange und ihren Schwierigkeiten unterziehen und dieselbe lösen. Wir sind unerschütterlich überzeugt, dass es diese Aufgabe übernehmen und vollenden wird.

Das Oberste Nationalkomitee hat seine Mission glücklich beendet. Wenn auch sein politisches Programm — dessen theoretische Begründung an und für sich nicht erschüttert erscheint — nicht verwirklicht worden ist, so sind dennoch zwei fundamentale Grundlagen dieses Programms zur Tatsache geworden: die polnischen Länder sind von der moskowitischen Sklaverei befreit und der Polnische Staat ist in Anlehnung an die Zentralmächte im Prinzip wiedererrichtet worden.

Die Erreichung dieser beiden grössten, weil grundlegenden, Ziele, erlaubt es dem Obersten Nationalkomitee vom Schauplatz der Weltgeschichte abzutreten mit dem Bewusstsein, dass es ein erspriesslicher Faktor der vaterländischen Geschichte im Augenblick der wichtigsten und schwierigsten Zeitwende war.

Konstantin R. von Srokowski
Generalsekretär des Obersten Nationalkomitees.

Zur Judenfrage in Polen.

(Schluss.)

Die antipolnische Aktion im Ausland.

Der Krieg und das damit verbundene Hervortreten der polnischen Frage auf der internationalen Schaubühne, bewirkte einen unerhörten, selbst für uns befremdenden Hassausbruch des jüdischen Nationalismus gegen Polen und gegen dessen Unabhängigkeit. Mit Widerstreben berühre ich dieses Thema, erachte es aber für notwendig, dass wir uns alle den wahren Sachverhalt vergegenwärtigen.

Selbstredend handelt es sich nicht um Anführung aller Tatsachen, die ohne Uebertreibung in die hunderte gehen. Ich selber verfüge über reiches Beweismaterial, will mich jedoch auf das hauptsächlichste beschränken. In erster Linie also: Beschuldigung der Polen, als ob sie Massenpogrome organisierten und die Juden bei der russischen Regierung und den Zentralmächten der Spionage beschuldigten. Ein überaus charakteristisches Moment!

Man braucht nicht allzuweit in die Vergangenheit zurückzugreifen, um sich zu überzeugen, dass die Pogrome keineswegs der Natur des polnischen Volkes entsprechen. Selbst „Tumulte" im alten Polen wurden gewöhnlich sehr schnell durch die polnischen Staatsorgane unterdrückt. Die einzigen Pogrome auf polnischen Gebieten — Białystok und Siedlce — während der russischen Revolution, waren, wie allgemein bekannt, ausschliesslich von russischen Truppen in's Werk gesetzt. Deshalb musste eine derartige Anklage im vornhinein sonderbar und unglaubwürdig erscheinen. Sie wurde aber in Warschau konstruiert und von Georg Brandes, dessen Aufsatz über die Judenpogrome in Polen in fast alle europäische Sprachen übersetzt wurde, der weiten Oeffentlichkeit übermittelt. Aus Kopenhagen, wo bekanntlich das russische Korrespondenzbüro seinen Sitz hat, wurde nach allen Weltgegenden gedrahtet,

dass „eine Bande polnischer Denunzianten“ in den von deutschen Truppen geräumten Ortschaften die Juden denunziert und so die russischen Behörden zur Bestrafung der Juden zwingt. Der des Sachverhalts unkundige Leser, schuf sich ein idyllisches Bild von herzensguten Kosaken, die von den blutdürstigen Polen gezwungen werden, Juden aufzuknüpfen. Diese Lügen machten ihren Rundgang in der ganzen Presse. In Italien trat der gew. Minister Luzzatti rücksichtslos gegen die Polen auf. Es gab sicherlich keine einzige judenfreundliche Zeitschrift, welche diese Anklagen nicht wiederholt hätte.

Seit dieser Zeit begann eine wahre Hetzjagd gegen die Polen — in der Türkei (L'Aurore; El Judio) in der Schweiz und besonders in Amerika. Die amerikanische Judenpresse, die fast ausnahmslos zu der Entente hält, begann eifrigst die Russen weisszuwaschen und die Polen nach Möglichkeit zu verleumden. Es genügt den blossen Titel anzugeben, um sich über den Inhalt eine Vorstellung zu machen.

So brachte z. B. eine jüdische Zeitschrift: The Day in der Nummer vom 18. II. 1915 einen Aufsatz aus der Feder Hermann Bernstein's, betitelt: „Israels Tragödie in Polen. Beitrag zur Geschichte der Verruchtheiten und Verfolgungen, welche die Juden in Polen von den Polen zu erleiden haben“.

Manchmal streifte es unwillkürlich an's Humoristische. Das in New-York erscheinende Jargonblatt: „Der Tag“ veröffentlichte am 14. I. 1916 einen verleumderischen Artikel desselben Bernstein's, der die Legionen beschuldigt, sie nähmen zwangsweise Juden in ihre Reihen, taufen sie gewaltsam etc. Die Delegaten des Polnischen Obersten Nationalkomitees, Hausner und Dr. Młynarski, wurden auf alle Weise verhindert, dieses wilde Geschwätz zu berichtigen.

Doch auch anderwärts wurde die Sache mit grossem Eifer betrieben. In Berlin entstand ein „Komitee für den Osten“, dessen Tätigkeit eine gründliche Besprechung

erfordern würde. Einer der Führer dieses Komitees, der bekannte Zionist Justizrat Dr. Bodenheimer, machte im Jahre 1915 einen Ausflug nach Polen, besuchte Warschau, Łódź, einige andere Städte und formulierte auf Grund eigener Beobachtung und gewisser Informationen, die ihm u. A. auch der Regierungsrat Cleinow erteilte — einige interessante Bemerkungen, die ich aus seinem, als Manuskript herausgegebenen Bericht schöpfe.

Die Rolle des Jargons besprechend, äussert sich Dr. Bodenheimer: „Heute ist ganz Ostrussland bis über den Dniepr, soweit es von Juden bewohnt ist, ein deutsches Sprachgebiet geworden". Er wendet sich an die Okkupationsbehörden wegen entsprechender Verordnungen auf dem Gebiet des Schulwesens und begründet ihre Notwendigkeit folgendermassen: „Im entgegengesetzen Fall werden die Polen ihre Schule festigen und sie zum Werkzeug polnischer Interessen machen. Es ist notwendig, vorläufig das Jüdisch-Deutsche als Vortragssprache zu behalten. Das Hochdeutsche sollte als obligater Gegenstand im weitesten Masse eingeführt werden."

Nur noch eine Bemerkung aus dieser interessanten Denkschrift, die mich jedweder Kommentare entheben wird: „Wenn obige Vorschläge berücksichtigt werden, wird sich die jüdische Sprache in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Würde stärken und den Weg der Selbsterziehung zur höheren Kultur betreten. Sobald ihre Reorganisierung auf sozialem und politischem Gebiet erfolgt, werden die Juden aus Russisch-Polen kein dringendes Bedürfnis haben, nach Deutschland auszuwandern. Das Problem eines freien Fortschritts, das gegenwärtig einen schwierigen Punkt in der Frage der künftigen Einrichtung dieser Provinz bildet, würde dadurch bedeutend erleichtert*)."

---

*) Da wir die Original-Denkschrift des Herrn Dr. Bodenheimer nicht besitzen, übersetzen wir obige Stellen aus dem Polnischen, auf die Gefahr hin, dass ihr Wortlaut dem Original nicht entspricht.

Die Schriftleitung.

Das polnische Programm in der Judenfrage.

Doch genug der Zitate. Die bereits angeführten beweisen vollauf, wie wichtig für die Schicksale des polnischen Staates eine richtige Lösung der Judenfrage ist. Das jüdische Ghetto bildet für uns eine Gefahr; seine Beseitigung ist daher unsere erste Pflicht. Man kann es aber nur auf eine Weise beseitigen, indem man nämlich den Grundsatz gelten lässt: Für alle Bürger Polens gleiche Rechte und gleiche Pflichten.

Bürgerliche Gleichberechtigung der Juden, vereinigte Arbeit bei Erziehung der jüdischen Massen zu Bürgerpflichten, Emporhebung dieser Massen vom Urgrund des Elends — dies sollte zum Programm des auferstehenden polnischen Staates werden. Dies fordert von uns die polnische Staatsvernunft, dies schulden wir unseren historischen Ueberlieferungen.

Wir sind diejenige Nation, deren Programm der „Deputation für Judenfragen" um ein Jahrzehnt früher veröffentlicht wurde, als das preussische General-Judenreglement von 1797, und welche vor dem analogen Beschluss in Preussen die Gleichberechtigung der Juden zustande brachte. Aus unserer Nation ging ein Smolka hervor, der als Vorsitzender des Wiener Parlaments mit seiner Stimme die Wagschale zugunsten der Gleichberechtigung der Juden in Oesterreich neigte.

Ich gebe mich keiner Täuschung hin und weiss recht wohl, dass uns ein langer und mühevoller Weg bevorsteht; anderseits weiss ich aber auch, dass in jeder Epoche eines gesteigerten nationalen Lebens, ganze Reihen von Juden-Polen auftraten, die unser Vaterland ebenso heiss, und manchmal heisser als echte Polen geliebt haben. Diesen Weg müssen wir betreten.

Aus diesem Grunde ist der Vorschlag des Stadtverordneten Priłucki (behufs Gründung von Jargon-Schulen), der die Scheidemauer zwischen der polnischen und jüdischen Bevölkerung verstärken, ein jüdisches Ghetto errichten und es als einen Staat im Staat absondern möchte, für unsere Staatsinteressen schädlich und er muss daher abgelehnt werden.

Das Schulwesen für jüdische Kinder.

Es ist hier weder Zeit noch Raum, sich ausführlich über unser diesbezügliches Programm auszusprechen. Selbstredend muss eine für alle zugängliche, internationale Schule als pädagogisches Ideal gelten; in dem vorliegenden Falle seien aber zwei Momente in Betracht zu ziehen: das religiöse Gefühl jüdischer Massen und das Bestehen von Chederschulen. Nun soll aber ausdrücklich gesagt werden: Die Cheders sind eine höchst schädliche Institution, die grösste Brutstätte des Separatismus und der Ignoranz.

Um nicht der Parteilichkeit gezeiht zu werden, will ich mich auf den Bericht des Herrn Alkerin berufen, der im Jahre 1912 im Auftrag des „Vereines zur Volksbildung unter den Juden in Russland" 125 Cheders in den Gouvernements Płock und Lublin besuchte und zu ganz entsetzlichen Ergebnissen gelangte.

Vorerst also das Schullokal. In 71 Fällen diente es gleichzeitig als Wohnungsraum des Melamed und seiner Familie; in 19 als Durchgangszimmer, in 6 war es eine Küche, in 1 ein Keller, in 1 eine Schuster-Werkstätte usw. Auf 125 Cheders gab es nur 20 solche, die über eigentliche Schulräume verfügten. Doch auch in diesen günstigsten Fällen blieb selbst vom Standpunkt der elementarsten Forderungen sehr viel zu wünschen übrig. So waren z. B. 164 Schüler, welche die „Talmud-Thora" in Lublin besuchten, in einer Stube untergebracht.

Das Schulprogramm der überwiegend grösseren Zahl von Cheders umfasst den Unterricht der Jargonsprache und die Bibelkunde; in einigen wurden die Schüler auch in „allgemein bildenden" Gegenständen unterwiesen, zu denen die russische Sprache und Arithmetik gehörten.

Von den Bildungsstufen der Melameds zeugt der oben angeführte Prozentsatz der Analphabeten; über das Interesse, das sie, wenn nicht für allgemeine, so doch für jüdische Angelegenheiten bekunden sollten,

belehrt die Tatsache, dass von 133 Melameds 95 sich überhaupt mit gar keiner Lektüre befassen, 22 hebräische und Jargon-Zeitungen lesen, einer ein polnisches Blatt.

Die Rolle des Jargons.

Das gibt uns einen Begriff über den pädagogischen Wert der Chederschulen; den grössten Schaden fügen sie aber durch die Verbreitung des Jargons zu. Ich will mich hier nicht in eine scholastische Diskussion einlassen, ob der Jargon als eine Sprache anzusehen sei oder nicht. Er entstand wahrscheinlich im 13. Jahrhundert als einer der deutschen am Rhein gesprochenen Dialekte und verbreitete sich in Polen gegen Ende des 17. Jahrhunderts, als die in der Renaissance-Epoche blühende Kultur der polnischen Juden, allmählich dem Verfall zuneigte. Triftige Gründe lassen vermuten, dass zur Zeit, die diesem kulturellen Verfall voranging, die Umgangssprache der Juden das Polnische war. Dies mag allerdings bezweifelt werden; Tatsache aber bleibt, dass viele aus dieser Zeit stammenden theologischen Streitschriften der Juden in schönem Polnisch verfasst waren.

Ebenso sicher ist es, dass noch im 18. Jahrhundert der Jargon bei den Juden in Verachtung stand und bei Gebeten nicht gebraucht werden durfte. Die Entstehung und spätere Geschichte des Jargons beweisen, dass es ein Dialekt war, dem keine normale Entwicklung beschieden wurde. Aus sich heraus konnte er nicht allzuviel schöpfen und die deutsche Sprache war zu jener Zeit so arm, dass nach der Meinung Treitschke's der deutsche Wortschatz im 17. Jahrhundert nicht ausreichte, um abstrakte Gedanken auszudrücken. So war der Jargon gezwungen, um den Erfordernissen des Lebens gerecht zu werden, sich mechanisch Begriffe und Worte aus den Nachbarsprachen anzueignen: in den westlichen Teilen der polnischen Gebiete aus dem Deutschen, in den östlichen aus dem Russischen. Das Polnische spielte dabei infolge der politischen Verhält-

nisse eine mindere Rolle. So blieb denn der Jargon eine Volkssprache, ein wertvolles Material für die Folkloristen, konnte sich aber nicht zur literarischen Sprache erheben, die den gebildeten Klassen entspräche. Dies erklärt den Charakter der Jargonliteratur, die viele Eigentümlichkeiten der Volksliteratur aufweist; auch das rapide Verschwinden des Jargons, das als Begleiterscheinung von zunehmender Kultur und Wohlhabenheit auftritt.

Abgesehen daher von pädagogischen und staatlichen Gründen, muss der Cheder als Stütze des Jargons, folglich der niederen Kulturstufe, als überaus schädlich bezeichnet werden.

Trotzdem erfreuen sich die Chederschulen einer grossen Beliebtheit bei den jüdischen Massen, da sie ihren religiösen Bedürfnissen entsprechen. Oeffentliche polnische Schulen sollten in dieser Hinsicht mit den Cheders wetteifern, da sonst, trotz des Schulzwangs, geheime Cheders bestehen werden.

Aus diesem Grunde erscheint es wünschenswert, während einer Uebergangszeit polnische Schulen für Juden zu eröffnen, welche die religiösen Gewohnheiten der Masse berücksichtigen würden. Ausserdem sollten sie aber zu einer gemeinsamen Schule Zugang haben, damit jüdische Familien, die keine konfessionelle Schule wünschen, eine freie Wahl treffen könnten. Vielleicht wäre auch die Eröffnung jüdischer Lehrerseminare unter Leitung polnischer Lehrer, in den jetzigen Verhältnissen zu empfehlen. So erscheint mir nur in den allgemeinsten Umrissen das für den nächsten Augenblick zu empfehlend Programm unserer Betätigung auf diesem Gebiet.

Aufgaben des polnischen Staates gegenüber der jüdischen Bevölkerung.

Die schwere Aufgabe, welcher der polnische Staat gegenübersteht, wird im hohen Grad erleichtert werden, wenn Vertreter des jüdischen Volkes unsere ausge-

streckte Hand ergreifen und sich um dieselbe Fahne gleicher Rechte und gleicher Pflichten gruppieren.

Meiner Meinung nach sollten die Juden mit uns eben eine Verständigung anstreben, mit uns gemeinsam die Ghettomauern niederreissen und mit allen Kräften daran arbeiten, dass die Judenmassen, die das Schicksal in unserem Lande angesiedelt hat, sich als echte Söhne unseres gemeinsamen Vaterlandes fühlen, für dessen Wohl man arbeiten und nötigenfalls das Leben opfern soll.

Als König Johann Kasimir nach der überstandenen Sintflut in seine verwaiste Residenz zurückgekehrt war, hat er die Bestätigung jüdischer Privilegien in folgenden Worten ausgesprochen:

„Nach so vielen Niederlagen, die in den letzten Jahren unsere Republik zu erleiden hatte und denen sie schier erlegen wäre, wenn sie der Allmächtige nicht aus dem Rachen der Gefahr gerettet hätte — gibt es in den geheimsten Winkeln unseres Herzens nichts innigeres, als die Sorge, den Bürgern und Bewohnern dieses Landes zum früheren Wohlergehen zu verhelfen, die ihnen durch den Krieg zugefügten Schäden gutzumachen . . .“

Diese hochwürdigen Königsworte müssen, und so Gott es will, werden es auch zum Programm des auferstehenden polnischen Staates werden.

Pressestimmen.

Polnische Presse.

Um den polnischen König.

Der in Warschau erscheinende „**Głos Stolicy**“ Organ der Liga der Polnischen Staatlichkeit, schreibt in der Nummer vom 8. ds. Mts.:

Baron Puttkamer, der gewesene Landrat des Kreises Mogilno, bekannt durch seine Sympathie für die Polen, sandte dem „Dziennik Poznański“ einen Aufsatz betitelt „Zur russisch-polnischen Frage“. Derselbe enthält viele zutreffende und vernünftige Gedanken, besonders wo die Rede ist von der Administration des entste-

henden Polnischen Reiches und der Bedeutung der polnischen Armee. Daselbst finden wir jedoch einen Passus, den wir nicht ohne Antwort lassen können. Er betrifft eine sehr wichtige und sogar jetzt schon aktuelle Angelegenheit und zwar — die Besetzung des polnischen Thrones.

Baron Puttkamer schreibt sehr zutreffend, dass „die Polen sich einen König wünschen, der polnisch spräche, der katholischer Kirche angehöre und ein zielbewusster, tapferer Mann wäre". Anschliessend daran fügt er hinzu: „Unter den gegebenen Bedingungen würden sie auch einen deutschen oder österreichischen Fürsten annehmen, doch hätten sie lieber zum König einen gebürtigen Polen von den in Polen selbst residierenden fürstlichen Familien".

Dieser letzte Satz wäre nun sehr fraglich. Bis jetzt hat sich kein Pole für die Besteigung des Thrones durch einen polnischen Fürsten, wie man bei uns zu sagen pflegt, einen „Piast", erklärt. Gegen eine solche Kandidatur bestehen die ärgsten Bedenken.

Vor allen Dingen würde die Bevorzugung einer adligen Familie bei den anderen Eifersucht und Unzufriedenheit hervorrufen. Dadurch würden lediglich Streitigkeiten, Intriguen und rivalisierende Wettkämpfe entstehen, denen ein neu entstehendes Reich nicht nur vom Fundament, sondern auch in seiner höchsten gesellschaftlichen Stufe aus dem Wege gehen muss.

Zweitens besässe solch ein König in den Volksklassen, und zwar beim Landvolk weder die genügende Anziehungskraft noch Popularität, da es in ihm nur den „Herrn" und nicht den „König" den Verteidiger der Bauern und ihren Beschützer vor den bevorzugten Schichten sehen würde.

Und selbst in anderen Kreisen würde solch ein König-Emporkömmling, ein daselbst geborener König, dem noch gestern in Polen Hunderte ebenbürtig waren und der durch sein vorheriges Leben in persönliche und Parteikämpfe verwickelt wäre, sich weder der genügenden Achtung noch des unbedingten Gehorsams erfreuen. Schliesslich würde in ausländischen Kreisen ein mit seinen Regierungshäusern verwandtes Mitglied mehr Bedeutung und Ansehen besitzen, wie selbst der gewaltigste polnische Magnat, der mit Ihnen fast garnicht oder nur entfernt verschwägert und verbündet wäre.

Die historische Erfahrung, die wir mit Stanisław-August, mit Leszczyński, Wiśniowiecki und selbst mit Sobieski, der wohl ein tapferer Krieger, jedoch ein unzulänglicher Regierender war, gemacht haben, genügt vollauf, um die Kandidatur der „Piasten" endgültig zu streichen. Obgleich wir bei den fremdländischen Dynastien — der französischen der Valois, der schwedischen der Wasas oder der sächsischen der Albertiner, ebenfalls unsere Enttäuschung erlebt haben, so rührte dies lediglich von der Ernennung solcher Personen, die ein Anrecht auf den väterlichen Thron hatten, oder solcher die schon

anderweitig regierten, her. Dadurch entstand die Unterordnung der polnischen Interessen unter diejenigen des eigenen Landes.

Um diesem vorzubeugen, genügt es die polnische Krone nur solch einem Mitglied eines regierenden Hauses anzuvertrauen, der keine Anrechte auf den einheimischen Thron besitzt. Nur dann kann er Polen seine unumschränkten, persönlichen Fähigkeiten, Mittel und Kräfte widmen, da er darin die einzige Möglichkeit zur Erlangung des eigenen Ruhmes und des Wohlseins seiner Nachkommen erblicken wird und uns gleichzeitig nicht hoch genug einzuschätzende Verbindungen, Einflüsse, sei es an befreundeten oder verbündeten oder fremden Höfen sichern wird. Das wird die polnische Krone im Glanz erstrahlen lassen und ihr Dasein befestigen.

Baron Puttkammer ist der entgegengesetzten Meinung. Er möchte einen Polen deshalb auf dem Throne sehen, da, wie er sagt, seine Detronisierung politischer weniger kompliziert wäre und eine Möglichkeit herbeischaffen würde zur Vereinigung Polens mit Russland durch eine Personalunion, vielleicht unter einem russischen Fürsten als Vicekönig. Diese letzte Möglichkeit ist für uns wenig bestrickend. Der Regierungen der Konstantins hatten wir zu Genüge; übrigens giebt es selbst in Russland wenige Anhänger dieser Kombination, mit Ausnahme vielleicht einer geringen Anzahl dort verweilender . . . polnischer Emigranten.

Eine Besetzung des Thrones durch solch einen König, den man leicht beiseite schieben kann, läge höchstens im Interesse maskierter Republikaner, sagt jedoch denjenigen wenig, die nach innen und aussen hin ein gesundes und kräftiges polnisches Reich bauen wollen, und als solches erscheint uns bei den gegenwärtigen Daseinsmöglichkeiten einzig und allein ein Reich in Form einer konstitutionell-parlamentarischen Monarchie.

*   *   *

Ein Polenführer über den General-Gouverneur von Beseler.

Im Krakauer konservativen „Czas“ vom 30. Dezember 1916 wie auch in anderen polnischen Blättern, lesen wir einen Aufsatz vom bekannten polnischen Politiker, Präsident des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Abgeordneten v. Jaworski über die Rede, die Exzellenz von Beseler am 15. Dezember 1916 vor eingeladenen polnischen Gästen gehalten hat:

Präsident v. Jaworski gibt zuerst in grossen Zügen die Rede Exz. von Beselers wieder, „die jeder Pole tief erwägen sollte“. Prof. v. Jaworski fährt dann fort:

Zu wünschen wäre, dass die vollinhaltliche Rede des General-Gouverneurs von Beseler von jedem Polen tief erwogen wäre. General von Beseler behandelt selbstverständlich die Angelegenheiten vom deutschen Standpunkt aus, das jedoch, was er sagt betreffs der deutschen und der polnischen Interressen-Gemeinschaft in dem gegenwärtig grossen Kriege, muss jeden vernünftig denkenden über-

zeugen. Seine Rede fusst auf so klarer Ueberlegung, trägt solch objektive Züge, dass niemand, der genügenden kritischen Sinn besitzt, im Stande wäre seinen Ausführungen etwas Glechwertiges gegenüberzustellen.

Der beste polnische Patriot wäre nicht in der Lage, seinem Volk einen besseren Rat zu geben, wie denjenigen, den der General-Gouverneur erteilt. Formulieren lässt sich derselbe in einem Satz: ihr könnt zu einem eigenen Reich allmälig durch systematische Arbeit gelangen und beginnen müsst ihr dieses durch die Gründung einer eigenen Armee. Was könnte der Realisierung dieses Programms im Wege stehen? Die Besorgnis vor Russlands Wiederkehr? Nein. Russland kehrt nicht zurück. Soll die polnische Armee im deutschen Interesse gegründet werden? Nein. Deutschland ist so stark, dass es ihre Hilfe, selbst wenn es sie zu schätzen versteht, entbehren kann. Deutschland hat gewiss Interesse daran, dass an seinen Grenzen ein polnisches Reich mit starker Armee stehen soll, doch liegt die Aufstellung einer solchen Armee vor allen Dingen im Interesse des polnischen Reiches selbst. Es ist auch kaum anzunehmen, dass ein Volk, das zur Freiheit strebt, dieses so offensichtliche und klare Interesse übersehen sollte. Gewiss liegt es in Deutschlands Interesse, dass die Vereinigung Deutschlands und Polens nicht nur auf dem militärischen Gebiet, sondern auch in ökonomischer Beziehung, eine enganschliessende sein soll. Geregelt wäre die Vereinigung durch einen Vertrag, bei dessen Abschluss die Verteidigung der polnischen Interessen um so wirksamer wäre, je mehr Polen durch seine starke Armee ein achtens- und schätzenswerter Bundesgenosse wäre. So wäre es bei Schliessung dieser Verträge. Aber noch früher während des Kongresses, überfällt Einen Angst daran zu denken, welch eine Wendung die polnische Angelegenheit nehmen könnte, wenn es nicht das einzig wirksame Argument in Gestalt des polnischen Heeres zu seiner Verfügung hätte.

Die Gelüste, Begierden und Egoismus strebten immerdar nach einer ideellen Bemäntelung. Wir hören doch schon jetzt, dass sogar die meist tyrannischen Reiche verkünden, dass sie für die Verteidigung der kleineren Völker kämpfen. Diplomatisch wird das die Gestalt einer Formel annehmen, dass über die Schicksale der Völker lediglich ihr freier Wille decidieren wird. Wie würde sich nun der freie Wille der Polen darstellen, wenn in Angesicht der ganzen Welt festgestellt wäre, dass sie die von den Zentralmächten angebotene Möglichkeit der Gründung einer eigenen Armee abgelehnt haben. Wir wollen über die daraus zu ziehenden Urteile nicht nachdenken.

Mit grösster Spannung — schreibt ferner Präs. v. Jaworski — erwarten wir von Warschau kommende Nachrichten über die Gründung des Staatsrates. Seine erste Aufgabe läge in dem Losungssignal zum Eintritt in die polnische Armee.

Wir wollen nicht glauben, dass ein Pole sich finden würde,

der mit Rücksicht auf die kommende Geschichte die Verantwortung auf sich laden würde, indem er nein sagte. Die angesehendsten, besten Söhne Polens bringen öffentlich zur Kenntnis, das die Gründung des Reiches mit der Gründung der Armee begonnen werden muss. Ein Fiasco auf diesem Gebiet würde Gefahren nach sich ziehen, die selbst vorauszuahnen wir befürchten. Was könnte denn noch die Verzögerung herbeiführen? Misstrauen denjenigen gegenüber, die diese Geschenke anbieten und bringen? Und selbst wenn es begründet wäre, finden wir denn wo anders Schutz, wenn wir ihn nicht aus uns selber heraus bilden werden? In Anbetracht der sehr überdachten reellen Ausführungen des General-Gouverneurs von Beseler, dass ein Reich nicht so wie Minerva aus dem Haupte Zeus entspringen kann, könnte uns durch weitere Bedingungsangabe zur Lasst gelegt werden, dass wir die Unlust mit falschem Schein vorschützen. Wir hoffen jedoch, dass sich eine Kraft finden wird, die fähig wäre, einen Entschluss zu fassen und ihn zur Ausführung zu bringen.

NOTIZEN.

Die erste Sitzung des Stadtrates in Lublin. Der neugewählte Stadtrat versammelte sich am 5. d. M. zur Angelobung. In Vertretung des Generalgouverneus erschien der Chef des Zivil-Landeskommissariats, Madeyski, in Begleitung anderer amtlicher Persönlichkeiten. Exz. Madeyski hielt eine Ansprache, in der er die Notwendigkeit betonte, in rastloser Bereitschaft der grossen nationalen Sache zu dienen. Die Erfüllung dieser Notwendigkeit bilde eine Verheissung für die weitere Tätigkeit des Stadtrats und der gleichartigen Einrichtungen in den anderen Städten Polens. Zu jener Zeit, wo die Wahlordnung festgesetzt wurde, habe nur ein leiser Hauch im Wirbel des kriegerischen Sturms die ersten Sonnenstrahlen erhoffen lassen, die seitdem über das künftige Polenreich leuchten. aber schon damals sei der feste Wille zu gemeinsamer Arbeit an der Wiedergeburt des Polenreichs festzustellen gewesen. Die Hoffnung sei berechtigt, dass das Beispiel der polnischen Städte auch die anderen gesellschaftlichen Faktoren mitreissen werde. Nach der Angelobung hielt der Präsident des Stadtrats, Baykowski, eine Rede, in der er die Verfassung der polnischen Städte bis zur russischen Herrschaft schilderte und sagte: „Die russische Politik war darauf gerichtet, die Selbständigkeit unseres Denkens und Handelns zu knebeln, es war eine Zeit der Quälereien und Bedrückuugen. Wir wurden durch bureaukratische Einrichtungen geknebelt und fremden Beamten anheimgestellt. Die Städteordnung ist daher für uns gleichsam ein Amnestiemanifest. Wir geloben, nicht eher zu rasten, bis wiederaufgebaut ist, was vernichtet

war." Hierauf gaben die Führer der drei grossen Gruppen des Stadtrats, nämlich des Zentrums, der Juden und der Sozialisten, Erklärungen ab.

Der neue Vorsitzende des Stadtrates in Warschau. Das Präsidium des Stadtrates zu Warschau erhielt bereits eine offizielle Benachrichtigung betreffs Ernennung eines neuen Ratsvorsitzenden an Stelle des Rektors Brudzinki, der sein Amt niederlegte, um sich völlig der Universitätsorganisation zu widmen. Zum neuen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung wurde Herr Adolf Suligowski ernannt, ein vorzüglicher Kenner der Selbstverwaltungs-Angelegenheiten, Verfasser der „Schriften" aus dem Gebiete der Staatswissenschaften und der „Jurisprudenz", die vor Kurzem in vier Bänden erschienen sind.

Der Polnische Adler am Rathaus. In der Sitzung am 2. Januar fasste der Warschauer Magistrat den Beschluss, am Gebäude des Magistrats den Polnischen Adler anzubringen. Dieser Adler soll an derselben Stelle seinen Platz finden, wo sich früher der zweiköpfige russische Adler befand.

Volkszählung in Litauen. Aus Wilno wird gemeldet: Gegenwärtig findet die Zählung der Wilnoer Bevölkerung statt, um die bereits im Frühjahr durchgeführte Zählung, die eine Majorität der polnischen Bevölkerung in Wilno ergab, nachzuprüfen. Die vorherige Zählung ergab in Wilno 2,6% Litauer, 1,5% Weissrussen, gegenwärtig betragen die Litauer nicht mehr wie 2%, Weissrussen dagegen weniger als 1%, da die Wilnoer Altgläubigen und ein Teil der übrig gebliebenen Russen sich diesmal viel seltener wie zum Frühjahr als Weissrussen angeben.

Interessante Ergebnisse brachte die Volkszählung auf dem Lande. Anbei einige statistische Zahlen aus den früheren Kreisen des Gouvernements Wilno, die gegenwärtig dem Gouvernement Grodno einverleibt wurden:

Kreis	Litauer	Weissrussen	Polen
Grodno Stadt	113	570	7609
„ Land	1099	2070	86245
Planty o. Szczuczyn	2	24718	12757
Lida	942	14500	11173
Radun	4059	48	44977
Wasiliszki	320	9978	81315

Laut offizieller russischer Statistik betrugen die Polen in diesen Kreisen nur eine ganz unbedeutende Mehrheit.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.